



Direktion der Justiz und de Innern  
Regierungsrätin Jacqueline Fehr  
Neumühlequai 10  
8090 Zürich  
Per E-Mail an [kanzlei.gsjj@ji.zh.ch](mailto:kanzlei.gsjj@ji.zh.ch)

Zürich, 03.05.2023/fs

**Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG), Organisation der Friedensrichter:innenkreise: Stellungnahme der SP Kanton Zürich**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess GOG, Organisation der Friedensrichter:innenkreise.

Die SP begrüsst den Hauptvorschlag, dass Anschlussverträge nicht mehr vom Regierungsrat genehmigt werden müssen. Von der heute möglichen Form der Zusammenarbeit wird praktisch kein Gebrauch gemacht. Es ist daher angezeigt, den Anschlussvertrag als unkompliziertere Form zur Bildung eines gemeinsamen Friedensrichter:innenkreises zuzulassen. Wir unterstützen insbesondere den Vorschlag, dass Gemeinden den Sitz und den Wahlkreis des Friedensrichter:innenamtes gemeinsamen vereinbaren können. Die neue Möglichkeit verringert nicht nur den administrativen Aufwand, sondern stärkt auch die Gemeindeautonomie.

Die SP unterstützt die geplante Vereinfachung der Zusammenarbeit unter den Gemeinden. Sie fände es sinnvoll, die Umsetzung der zugrundeliegenden Motion, zum Anlass zu nehmen, auch gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um eine noch einfachere Kooperation zu ermöglichen. Als zusätzliche Variante sollten Zusammenarbeitsverträge zugelassen werden, mit denen sich Gemeinden ohne grosse Hürden zu einem Friedensrichter:innenkreis zusammenschliessen können. Die Administration der Friedensrichter:innen sollte dabei durch die Gemeinden weiterhin unabhängig voneinander abgewickelt werden können. Möglicherweise würde eine solche Form der Zusammenarbeit auf noch grösseres Interesse stossen, als die Anschlussvertragslösung.

Mit der vorgeschlagenen Änderung werden die Voraussetzungen verbessert, um der Zürcher Bevölkerung einen niederschweligen und bezahlbaren Zugang zur Zivilrechtspflege zu gewährleisten.

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei  
Kanton Zürich**

Priska Seiler Graf  
Co-Präsidentin

Andreas Daurù  
Co-Präsident